

Protokoll des Parteirates am 15.06.2019

Tagesordnung

TOP 1: Begrüßung, Wahl des Präsidiums, Beschluss über die Geschäftsordnung

TOP 2: Aktuelle Lage der SPD

TOP 3: Themengebundene Workshops i.V.m. Antragsberatung

TOP 4: Abschließende Beratung und Abstimmung über die Anträge im Plenum

TOP 5: Verabschiedung

TOP 1 Begrüßung, Wahl des Präsidiums, Beschluss über die Geschäftsordnung

Christiane Jäger begrüßt die Anwesenden. Sie lobt den engagierten Wahlkampf zur Europawahl, insbesondere den Einsatz der Jusos. Umso enttäuschender ist das Ergebnis auch in Köln. Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Der Rücktritt von Andrea Nahles kam für sie dennoch überraschend. Sie hätte sich einen anderen, geordneten Prozess in Richtung personeller Aufstellung gewünscht: es wird die SPD nicht retten, nur Personen durch Personen auszutauschen.

In Köln wurde 2017 der Prozess zu den Anträgen Steuergerechtigkeit und Migration und Flucht beschlossen. Die anschließende Arbeit ist vorbildhaft gewesen. Aufgrund der aktuellen Lage wird diese zunächst behandelt. Sie begrüßt Rolf Mützenich als kommissarischen Fraktionsvorsitzenden der Bundesfraktion.

Christiane Jäger schlägt für das Präsidium Katrin Bucher, Sarah van Dawen-Agreiter, Karl Zumsteg und Andre Schirmer vor. Das Präsidium wird bestätigt. Die Geschäftsordnung ist frist- und formgerecht vorgelegt worden. Initiativanträge sollen bis 10.30 Uhr vorliegen. Die Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2 Aktuelle Lage

Rolf Mützenich dankt dem Unterbezirksvorstand und den Ortsvereinen in seinem Wahlkreis für die Unterstützung, ohne die er die neue Herausforderung als kommissarischer Fraktionsvorsitzender gar nicht hätte annehmen können.

Er betont, dass man sich auch in diesen Zeiten nicht scheuen sollte, für die SPD ein Gesicht zu sein. Selbstbewusstsein und Solidarität untereinander sind zu stärken. Die Partei hat sich vor dem Hintergrund der industriellen Revolution für die Abgehängten gegründet. Deswegen ist es wichtig, aufzupassen, dass das Gift, das sich in der Gesellschaft ausbreitet, nicht in die Reihen der Partei kommt.

Er geht auf die Reform der Grundsteuer ein, die am morgigen Tag im Koalitionsausschuss beraten wird, und auf das Klimaschutzgesetz, das zurzeit in der Ressortabstimmung ist. Zuletzt geht er auf die Grundrente als Vorhaben der SPD ein.

Die entscheidende Frage aus seiner Perspektive wird nicht sein, ob wir aus der Koalition gehen, sondern wird sein, mit welchem Thema wir aus der Großen Koalition gehen.

Er verweist zudem als ein Beispiel für den notwendigen Einsatz der Sozialdemokratie auf die Situation für Adil Demirci und ergänzt die aktuelle Berichterstattung um persönliche Einblicke in den Fall.

Christiane Jäger stellt den Antrag des Unterbezirksvorstandes „**Impuls der KölnSPD für eine SPD auf der Höhe der Zeit**“ vor. Der Einbezug der Unterbezirke in die Bundespartei muss sich deutlich stärken.

Julian Gürster (OV Ehrenfeld) bringt den Antrag „**Für den sofortigen Austritt aus der Großen Koalition !**“ ein.

Conny Schmerbach (OV Ehrenfeld) bringt den Antrag „**Die Partei personell und inhaltlich erneuern**“ ein.

Es folgt eine intensive Debatte. Im Rahmen der Debatte wird die Redezeit auf zweieinhalb Minuten, dann auf zwei Minuten gekürzt.

Der Unterbezirksvorstand kündigt im Laufe der Debatte einen Mitgliederoffenen Parteirat im September an.

Hendrik Weber (OV Bilderstöckchen) bringt den Änderungsantrag zu dem Antrag der KölnSPD ein: Z. 61,62 ersetzen durch:

Demokratische Gesellschaften funktionieren auf der Grundlage von Kooperation, Rücksichtnahme und Fairness, nicht aufgrund von Konfrontation und Egoismen zu Lasten anderer. Nur so entsteht eine Gesellschaft in Balance und zwar in allen Bereichen: ökologisch, sozial und ökonomisch.

Wir haben dieses Ziel bisher nicht erreicht, weil uns in einer auf Solidarität aufgebauten Gesellschaft eine Wirtschaftsordnung leisten, die auf Egoismus, Konkurrenz und hemmungsloses Wachstum gründet und unsere ökologische Lebensgrundlagen zerstört.

Denn unsere Wirtschafts- und Lebensweise übernutzen wir unsere Erde seit Jahrzehnten. Deshalb heißt es zu einer neuen, zu einer reduktiven Lebensweise und Wirtschaftsform zu finden. Dazu gehört, dass wir in unserem Land den jährlichen Emissionsaustoß pro BundesbürgerIn von rd. 10 Tonnen CO₂ auf etwa 2 Tonnen reduzieren.

Es geht hier nicht um „Verzicht“, sondern um das Einstellen des Handelns, das uns eh nicht zusteht, weil es andere unzumutbar belastet. Es geht also hier um Solidarität um Rücksichtnahme. Wir brauchen eine solidarische Marktwirtschaft. Ihre Merkmale sind:

- Die Umstellung des Handelns und des Konsums auf das ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliche Maß
- Die Eliminierung der – der real praktizierenden Marktwirtschaft immanenten – Wachstumszwänge und –treiber mit ihren Steigerungslogiken.
- Die Eindämmung der Finanzwirtschaft zu einer dienenden Funktion für die Realwirtschaft.

Der UBV tagt im September zu einem Mitgliederoffenen Parteirat.

Beschlüsse:

- **Impulspapier inkl. Änderungsanträge: mehrheitlich überwiesen in Mitgliederoffenen Parteirat im September**
- **Personell und inhaltliche Erneuerung: mit knapper Mehrheit überwiesen in Mitgliederoffenen Parteirat im September**
- **Für den sofortigen Austritt aus der GroKo – wird zurückgezogen.**

Christiane Jäger macht abschließend deutlich, dass die Partei noch an ihrem Umgang miteinander arbeiten muss. Sie fordert die Partei auf, in der Sommerpause zu diskutieren. Die SPD duckt sich nicht weg.

TOP 3: Themengebundene Workshops zu den aus dem Parteitag überwiesenen Anträgen

Kathi Letzelter führt in das Konzept ein und benennt die Räume der nun folgenden Workshops:

- 1. Arbeit und Digitalisierung: Raum 311**
- 2. Stadtentwicklung: 210**
- 3. Wirtschafts- und Steuerpolitik: 211**
- 4. Gleichstellung: Kantine**
- 5. Umwelt: 209**
- 6. Cannabis: Kantine**
- 7. Organisationspolitik: Kantine**
- 8. Erneuerung: 213**

TOP 4: Abschließende Beratung und Abstimmung über die Anträge im Plenum

Anträge befasst

Anträge nicht behandelt

Nr	Zuordnung Workshop Themen	Titel/Thema	Antragsteller	Voten und Anmerkungen der Antragskommission	Ergebnis
14 GesPo 1	Gleichstellung	Abschaffung 218 und 219	AsF	Annahme in geänderter Fassung: Zeile 1463 ersetzen: Abschaffung der § 218 und §219 StGB Schwangerschaftsabbruch entkriminalisieren – Schwangere unterstützen In Zeile 1471 ergänzen: <u>Die Fristen, die jetzt im Strafgesetzbuch festgelegt sind (12 bzw 22 Wochen), sollen in einem anderen Gesetz wie beispielsweise dem Schwangerenkonfliktgesetz geregelt werden. Zudem sollen die Kammern der Ärzt*innen dies in ihren berufsethischen Standards und Regeln festlegen.</u>	Annahme bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen
15 GesPo 2	Gleichstellung	Sexismus bekämpfen	AsF	Ablehnung (mehrheitlich) Vorschlag WS-AG: Überweisen des Antrags an den	Annahme mit Vorschlag AG bei 1 Ablehnung und 1 Enthaltung

				Unterbezirk zur Überarbeitung in den AG	
16 GesPo 3	Gleichstellung	Operationsverbot für Kinder in Fremdbestimmung bei intersexuellen Geburten	AsF	Annahme Vorschlag WS-AG: Annahme	Annahme bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung
17 GesPo 4	Gleichstellung	Streichung § 1905 BGB	AsF	Überweisung an SPD-Landesvorstand mit der ausdrücklichen Bitte, durch die Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) eine Bewertung der Thematik vornehmen zu lassen, um ggf. einen entsprechenden, an die BundesSPD gerichteten Beschluss zu fassen. Vorschlag WS-AG: Annahme mit Ergänzungssatz	Annahme mit 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen
19 GesPo 6	Gleichstellung	Abschaffung und ‚Ersetzung‘ des Transsexuellengesetzes (TSG)	AsF	Annahme in ergänzter Fassung: Nach Z. 1673 wird ergänzt: <u>Wir begrüßen, dass bereits die Möglichkeit geschaffen wurde, männlich, weiblich und divers als Personenstand einzutragen. Es muss</u>	Annahme bei 4 Enthaltungen und 3 Ablehnungen

				<p>allen Menschen unabhängig vom Geschlecht offenstehen, den eigenen rechtlichen <u>Geschlechtseintrag (Personenstand) sowie den Vornamen zu ändern.</u> Ferner soll die <u>Zuständigkeit für die Änderungen zukünftig bei den Standesämtern und nicht mehr den Amtsgerichten liegen.</u> Damit wird die <u>Änderung des Vornamens und Personenstandes zu einem Verwaltungsakt, für den auch nur eine Verwaltungsgebühr und keine hohen Gerichtskosten anfallen.</u> Eine <u>Begutachtungspflicht und damit einhergehende medizinisch-psychologische Pathologisierung entfällt.</u></p> <p>Vorschlag WS-AG: Streichung Konkretisierung der Antragskommission Änderung im Text oben: Streichung „Soll entfallen“</p>	
20 GesPo 7	Stadtentwicklung	Trinkwasser verfügbar machen	Jusos	<p>Annahme und Überweisung an Bundes- und Landesvorstand, Bundes- und Landtagsfraktion</p> <p>Vorschlag WS-AG: Antrag zurücknehmen, präzisieren</p>	Antrag wird zurück gezogen und nochmals überarbeitet

<p>21 GesPo 8</p>	<p>Umwelt</p>	<p>Kohleausstieg 2030</p> <p>Änderungsantrag OV-Mitte: Ab Zeile 197 „Hierzu sollen alle betroffenen Arbeitnehmenden eine Jobgarantie erhalten durch kräftige Investitionen in tarifgebundenen Arbeitsplätzen in öffentlicher Hand zur sofort notwendigen Energie- & Verkehrswende“</p> <p>(ab 198 streichen)</p>	<p>Jusos</p>	<p>Ablehnung (mehrheitlich)</p> <p>Jusos stimmen Änderungsantrag zu unter der Bedingung, dass „in öffentlicher Hand“ gestrichen wird.</p> <p>Vorschlag WS-AG: Änderungsantrag auf 35 statt 30 Abstimmung über Variante a (35), Variante b (30) (konkrete Formulierung liefert Marion zu)</p>	<p>Zustimmung zum GO-Antrag, Erörterung abzuschließen mit großer Mehrheit</p> <p>A: 19 Stimmen</p> <p>B: deutliche Mehrheit</p> <p>Wenige Enthaltungen</p> <p>Bei wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen Änderungsantrag OV-Mitte angenommen</p>
<p>22 GesPo 9</p>	<p>Arbeit u Digitalisierung</p>	<p>Entlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht ändern</p>	<p>Jusos</p>	<p>Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung: In Zeile 1749-1752 ersetzen: <u>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine familienfreundlichere und Eltern entlastendere Ausweitung des Arbeitsrechts bei Krankheit der Kinder einzusetzen.</u></p> <p>In Zeile 1754 ersetzen:</p>	<p>1. Alter: bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen für 14 Jahre</p> <p>2. Annahme des geänderten Antrags bei 1 Enthaltung</p>

				<p>von 12 auf 18<u>14</u> Jahre ausgeweitet werden</p> <p>Zeilen 1756 - 1763 und Zeilen 1770 - 1776 ersatzlos streichen.</p> <p>Jusos: Übernahme aller Änderungen außer der zum Alter</p>	
23 GesPo 10	Cannabis	Cannabis legalisieren	Jusos	<p>Annahme in geänderter Fassung: Z. 1782 ff. ersetzen: <u>Die KölnSPD begrüßt den Beschluss der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion, in Form von Modellprojekten eine Legalisierung von Cannabis zu prüfen. Darüber hinaus fordern wir von der Bundestagsfraktion, sich für eine kontrollierte und bedachte Legalisierung von Konsum, Anbau und Handel von Cannabis für Erwachsene einzusetzen.</u></p> <p>Änderungsvorschläge WS-AG: Z.239 „bis zu 30 Gramm“ streichen, Z.248 zwischen „Jugendschutz“ und</p>	Annahme aller Änderungen bei wenigen Enthaltungen

				<p>„sowie“ Einfügung: „und den Konsum“ Z. 250: Hinzufügen von „die Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr unter Einfluss von Cannabiserzeugnissen ist nicht gestattet“ Z. 266: Streichen von „Wenn der Konsum legal möglich wäre, hätte man gar keinen Kontakt mehr zu anderen harten Drogen.“</p>	
		Gesundheit			
24 GesU 1		Recht auf Patientenverfügungs-Beratung sichern	Jusos	Annahme	Zustimmung bei 1 Enthaltung
		Wirtschaftspolitik			
33 WiPo 1	WiPo/Steuerpolitik Umwelt	Einheitliches Flaschenpfand einführen	Südstadt	Ablehnung Antrag WS-AG: Überweisung in das Umweltforum	Deutliche Zustimmung zur Überweisung an Umweltforum
34 WiPo 2	Stadtentwicklung	Grundbedürfnisse nicht kapitalistisch ausschachten	Jusos	Annahme (mehrheitlich) der ergänzten Fassung: Ergänzung Zeile 2455: <u>Wir fordern die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass jede Raststätte und jeder Gastronomiebetrieb im öffentlichen Raum kostenfreie</u>	Antragsteller ist damit einverstanden, dass der Antrag an das Umweltforum übergeben wird

				Toiletten bereitstellen muss.	
35 WiPo 3	WiPo/Steuerpolitik Umwelt	Lebensmittelverschwendung bekämpfen –MHD regulieren	Jusos	Überweisung an UBVo zur Bearbeitung in einer ggf neu/wieder zu gründenden Forum oder einer AG zum Thema Umwelt	Antrag wurde vom Antragsteller zurück gezogen
36 WiPo 4	WiPo/Steuerpolitik	Keine Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften	Sülz/Klettenberg	Überweisung an UBVo mit der Empfehlung , die AG Steuergerechtigkeit wieder einzusetzen und dort auch das Thema Umgang mit Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften bearbeiten zu lassen. Zusatz WS-AG: Verweis auf §8a II, III, 8b KStG	Annahme bei 2 Enthaltungen
37 WiPo 5	WiPo/Steuerpolitik	Gewerbsteuerpflicht für Freiberufler	Sülz/Klettenberg	Überweisung an UBVo mit der Empfehlung , die AG Steuergerechtigkeit wieder einzusetzen und dort auch das Thema Gewerbsteuerpflicht für Freiberufler bearbeiten zu lassen. Zusatz WS-AG: Überweisung an AG Steuer	Zustimmung bei 4 Ablehnungen und wenigen Enthaltungen
38 WiPo 6	Arbeit u Digitalisierung	Bessere Arbeitsbedingungen f Paketzusteller*innen	Jusos	Annahme in geänderter Fassung: Z. 2530 ff. Damit sich die schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Paketbranche	Antrag wurde zurück gezogen

				<p>nicht weiter ausbreiten, fordern wir die Einführung einer Nachunternehmerhaftung. <u>Die SPD Köln unterstützt damit die Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen zur Einführung einer Nachunternehmerhaftung für Paketbotinnen und Paketboten und fordert ebenfalls, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Nachunternehmerhaftung in der Zustellbranche zu schaffen. Zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte sind dabei insbesondere die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge zu sichern und die Dokumentationspflichten zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit zu erweitern. Diese Maßnahme führt dazu, dass das Paketdienstleistungsunternehmen für die Sozialversicherungsbeiträge seiner Subunternehmen haftet.</u> Ähnliche Regelungen gibt es bereits in der Baubranche und der Fleischindustrie.</p>	
39 WiPo 7	Gleichstellung	Senkung MWSt für Damenhygienartikel	Jusos	Annahme	Zustimmung bei wenigen Enthaltungen und Ablehnungen
		Umweltpolitik			
65 UmPo 1	Umwelt	Verbot von Mikroplastik in der Kosmetik	Sülz/Klettenberg	Annahme der geänderten Fassung: Z. 3432 - 3436 ersetzen durch:	

				Die KölnSPD begrüßt den Beschluss auf EU-Ebene, Mikroplastik in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten im Rahmen des europäischen Chemikalienrechts zu verbieten und fordert die deutschen Vertreter auf, dem Vorschlag der europäischen Chemikalienagentur ECHA zuzustimmen.	
		Verkehrspolitik			
66 VPol 1	Arbeit u Digitalisierung	Raststätten für LKW Fahrer	Eil-Finkenberg	Annahme in geänderter Fassung: Z. 3460: ...Dies beinhaltet gleichzeitig ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen die Schaffung ausreichender sanitärer Einrichtungen für die Fernfahrer.	
67 VPol 2	Umwelt	Kostenloser ÖPNV in NRW	Jusos	Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung: Vor Z. 3478 ergänzen: <u>Weiterleitung an Landesvorstand und SPD Landtagsfraktion</u> Streichung Z. 3480 „...Zur Finanzierung...“ bis Z. 3484 „...geprüft werden.“	
68 VPol 3	Umwelt	Kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV	Jusos		Überweisung auf kommunalpolitischen Parteitag Nov. oder Dez. 2019

		Organisationspolitische Anträge			
72 Org 1	Orga SPD intern	Abstimmungsverfahren Anträge – ohne Votum Ant.komm und Abstimmung über den Ur-Antrag	Jusos Köln	Überweisung an neu gewählten UBVo mit der Empfehlung eine Arbeitsgruppe zum Thema Antragsberatung / Antragskommission einzusetzen	Zusammen mit 73 zurückgezogen zugunsten neuen Antrags
73 Org 2	Orga SPD intern	Aufgaben der Antragskommission	Südstadt	Überweisung an neu gewählten UBVo mit der Empfehlung eine Arbeitsgruppe zum Thema Antragsberatung / Antragskommission einzusetzen	Zusammen mit 72 zurückgezogen zugunsten neuen Antrags
Ersatz- Antrag zu 72 und 73				WS-AG: Streichung letzter Satz Seite 1 („Die Antragskommission soll zu Änderungsanträgen, die erst auf dem Parteitag gestellt werden, kein Votum abgeben.“)	Zustimmung Annahme des geänderten Antrags
74 Org 3	Orga SPD intern	Delegierte Bundesparteitag nur für ein Jahr wählen	Ehrenfeld	Ablehnung	
75 Org 4	Orga SPD intern	Aufstellungsverfahren Kandidaturen mit allen Mitgliedern	Ehrenfeld	Annahme (mehrheitlich)	
76 Org 5	Orga SPD intern	Mindestens halbjährige Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene	Ehrenfeld	Annahme (mehrheitlich)	
78 Org 7	Orga SPD intern	Anträge/Beschlüsse auf HP einstellen	Ehrenfeld	Annahme	
79 Org 8	Orga SPD intern	Appell Forderung an Bundespartei und Forderung an die MdB	Bocklemünd/Mengenich	Nichtbefassung Antragscharakter nicht gegeben	
80 Org 9	Orga SPD intern	Jährlich kommunal politischer Parteitag	Braunsfeld	Ablehnung	

81 Org 10	Orga SPD intern	Digitalisierung der Partei: Zugänglichkeit von Beschlüssen	Jusos	Annahme	
82 Org 11	Orga SPD intern	Einführung einer Jugendquote	Jusos	Annahme (mehrheitlich) in geänderter Fassung: In Z. 3963 und in Z. 3966 wird „40 Jahren“ durch „35 Jahren“ ersetzt	
83 Org 12	Orga SPD intern	Kosteneffiziente Wahlkämpfe	Jusos	Überweisung an neu gewählten UBVo	
84 Org 13	Orga SPD intern	Finanzkraft der Ortsvereine und Unterbezirke stärken	Porz/Poll	Annahme	
85 Org 14	Orga SPD intern	SPD-Portal – Bereitstellung eir SPD-Plattform	Jusos		wurde vom Antragsteller zurückgezogen
„Initiativ- antrag“		Nein zur aktuellen Aufrüstung und zum sogenannten „Geordnete- Rückkehr-Gesetz“ – für zivile und humane Politik	Ehrenfeld		Abstimmung über Nichtbefassung: 34 zu 19 für Nichtbefassung

Grau Hinterlegtes wurde an den nächsten Parteirat weitergeleitet

TOP 5: Verabschiedung

Schlusswort Christiane - Reflexion des Tages und Zielfrage "Wie erreichen wir unsere Mitglieder?"

Gezeichnet:

Sarah van Dawen-Agreifer (TOP 1-3)

Andre Schirmer (TOP 4-5 + Redaktion TOP 1-5)

Karl Zumsteg (Reaktion TOP 1-5)